

AKTUELL

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Steht die Eins?

Anina Valle Thiele

Der Cercle de Coopération hat die Parteiprogramme unter die Lupe genommen und untersucht, welchen Stellenwert die Parteien der Entwicklungszusammenarbeit einräumen.

Seit 2000 gehört Luxemburg der Gruppe von reichen Industrienationen an, die mehr als 0,7 % ihres Brutto-Nationaleinkommens für die öffentliche „Entwicklungshilfe“ aufwenden. Nachdem Jacques Santer 1992 in Rio de Janeiro feierlich verkündet hatte, dass Luxemburg sich an die 0,7 % halten werde, ist dieser Anteil weiter angestiegen - bis auf die 1 %, mit denen auch Premier Juncker gern prahlt. Luxemburg gehört damit zum kleinen Kreis der Industrienationen, die ihren Verpflichtungen voll nachkommen bzw. sie sogar übertreffen, und gilt damit international in Sachen Entwicklungspolitik sozusagen als Musterschüler. Doch ist Luxemburgs Engagement in der Entwicklungspolitik, gemessen an seinem Brutto-Nationalprodukt, tatsächlich so beispielhaft? Das so rosige Außenbild erleichtert dem Cercle nicht gerade sein Vorhaben, die Parteien zu mehr Engagement zu motivieren. So geht es dem Dachverband vor allem darum, den status quo aufrecht zu erhalten. Die 1 % Entwicklungsgelder sind der Richtwert, an dem man festhalten will. Darüber hinaus geht es jedoch auch um eine längerfristige Perspektive, konkret um eine nachhaltige Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015, denn die ambitionierte Agenda der Millenniumsziele, die 2000 von der UN beschlossen worden war und bis 2015 ganz konkrete Verbesserungen in der Reduzierung von Armut in den Entwicklungsländern vorsah, gilt als gescheitert und muss nun neu verhandelt werden.

So hatte sich der Cercle bereits im Juni in einem Brief an die Parteien gewandt, um abzuklopfen, wie diese sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit positionieren. Seitdem steht der Cercle mit den Parteien im Gespräch. Kurz vor den Wahlen hat der Dachverband die Parteiprogramme noch einmal genau unter die Lupe genommen und zieht nun eine gemischte Bilanz.

Zwar begrüßt er, dass der Großteil an dem Wert von 1 % der Wirtschaftsleistung festhält, doch mangelt es aus seiner Sicht insgesamt an politischem

Willen, stellt Entwicklungspolitik für viele Parteien nicht wirklich eine Priorität dar.

Nur fünf der neun Parteien äußern sich in ihrem Wahlprogramm überhaupt zur Entwicklungspolitik. In den Programmen von Déi Lénk, KPL und PID wird das Thema „Kooperation“ gar nicht erst angeschnitten. Während Déi Lénk auf Rückfrage angab, sie wolle mehr als die 1 % für die Entwicklungszusammenarbeit ausgeben und vor allem den Bereich (Weiter-)bildung ausbauen, distanzierte sich die ADR hiervon und erklärte, die Entwicklungsgelder auf die 0,7 % der ursprünglichen Selbstverpflichtung senken zu wollen. Am besten schneiden aus Sicht des Dachverbands die Grünen ab. Sie erfüllen die vier zentralen Anforderungen des Cercle, wollen am status quo von 1 % festhalten, die Bevölkerung stärker für das Thema sensibilisieren und für die Zeit nach 2015 eine Agenda aufstellen. Zudem bemühen sie sich um mehr Kohärenz in der Politik. Die Piratenpartei forderte, die Vergabe der Gelder an die Einhaltung der Menschenrechte in den Entwicklungsländern zu binden. Ein recht undurchdachter Ansatz, bestraft man doch im Zweifelsfalle die Menschen in den betroffenen Ländern doppelt.

Gute Noten für die Grünen

Zwar ist ein Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik, wie etwa in Deutschland, wo das Budget unter Schwarz-Gelb radikal zusammengestrichen wurde, in Luxemburg unwahrscheinlich - eben gerade weil man mit den 1 % international so gut dasteht. Unmittelbar nach der Übernahme des Dossiers hatte Marc Spautz unverblümt verkündet, er wolle sich künftig dafür einsetzen, dass international noch mehr als bisher „unser beispielhafter Einsatz in der Kooperationshilfe“ wahrgenommen werde. Doch geht es um weit mehr als die großzügige Bereitstellung von Geldern. Das scheinen die Grünen begriffen zu haben. Konkret fordert der Cercle, dass bis 2020 mindestens zwei Prozent des Gesamtbudgets in nationale Sensibilisierungsaktionen investiert werden, um LuxemburgerInnen dazu zu bringen, ihr eigenes Konsumverhalten zu hinterfragen und um ein öffentliches Bewusstsein für das Nord-Süd-Gefälle zu schaffen.

SHORT NEWS

Klimaschutz: Bewundernder Blick über die Mosel

(lm) - Vergleichbare Einwohnerzahl, doppelt so groß wie Luxemburg, das ist die Region Trier, ein Zusammenschluss von Landkreisen im Westen von Rheinland-Pfalz. Eine niedrigere Bevölkerungsdichte und weniger Industrie und Gewerbe bedeuten vielleicht weniger Umweltverschmutzung als im Großherzogtum, mit Sicherheit aber auch viel weniger Geld, das der öffentlichen Hand zur Verfügung steht. Dennoch hat es die Region Trier geschafft, in diesem Jahr zum Europäischen Champion für erneuerbare Energien gekürt zu werden. Seit 15 Jahren wird dort konsequent versucht, den Energieverbrauch zu senken und alternative Energien zu fördern. Mit Erfolg: Erneuerbare Energien, allen voran Wind- und Wasserkraft, aber auch ein nicht zu verachtender Anteil an Photovoltaik, decken über die Hälfte des regionalen Strombedarfs. Wenn ein politisch fragiler Zusammenschluss von Landkreisen mit bescheidenen Mitteln dies erreichen kann, sollte es für das reiche und politisch geeinte Luxemburg auch möglich sein. Doch das „laissez faire“ der sukzessiven DP-, LSAP- und CSV-Minister hat dazu geführt, dass Luxemburg bis 2020 nicht einmal sein armseliges 12-Prozent-Ziel erreichen wird. Vielleicht sollten die Politiker also mal für etwas anderes als zum Shopping in Trier vorbeischauchen.

Welche Farbe für mein Fahrrad?

(lm) - Dass die Lëtzebuurger Vélos-Initiativ (LVI) in der schwarz-roten Regierung keine TraumpartnerIn bei der Förderung der sanften Mobilität auf zwei Rädern gefunden hat, ist bekannt (woxx 1228). Doch auch der blau-grüne Schöfferrat scheint nicht besonders emsig auf die Vorschläge der Radfahrer-NGO einzugehen. Die jüngste Ausgabe des LVI-Info dokumentiert, dass es zwei Vorschläge gab, während der Mobilitätswoche versuchsweise neue Radwege anzulegen. Die Gemeinde teilte mit, die Vorschläge seien weitergeleitet worden - und sonst passierte nichts. Das bestätigt, was wir bereits vor drei Wochen schrieben: Die Politik trägt die Verantwortung dafür, dass die Mobilitätswoche zur Farce verkommen ist. Wen man als Radfahrer wählen soll, dazu bietet das LVI-Info eine Entscheidungshilfe. Doch Achtung, die Länge der in der Mitgliederzeitung abgedruckten Auszüge aus den Wahlprogrammen sagt wenig aus. So enthalten neun Zeilen Piratenprogramm mehr Relevantes als einundzwanzig Zeilen LSAP-Kauderwelsch. Die ehemalige Beton-Partei DP steht auch nicht schlecht da und fordert gar einen Vorrang der sanften Mobilität gegenüber dem Auto. Die Grünen schließlich bleiben unangefochten die besten Fürsprecher des Radverkehrs - zumindest auf dem Papier.

Uni vor Finanzierungsproblemen?

(rg) - Das Interview, das Rolf Tarrach kürzlich dem Luxemburger Wort gegeben hat, lässt aufhorchen. Der Rektor stellt nicht nur den fristgemäßen Umzug der Universität nach Belval im September 2014 in Frage, er zeigt sich auch besorgt über die zukünftige Finanzierung seiner Hochschule. Anhebungen der Studiengebühren will er deshalb nicht ausschließen. Während 2012 die Uni von Seiten des Staates mit 129 Millionen Euro dotiert wurde, bestanden 30 weitere Millionen ihres Budgets aus Drittmitteln, die erst bei öffentlichen und privaten Stiftungen oder in der Privatindustrie „eingeworben“ werden mussten. In Belval sind es nicht nur zeitliche Verzögerungen, die den Umzug gefährden. Auch bei dessen Finanzierung scheint einiges im Argen zu liegen: Der Fonds Belval stellt zwar die Räumlichkeiten, doch tut sich jetzt eine Finanzierungslücke bei der Möblierung und vor allem bei der aufwendigen Verkabelung auf. Wichtige Ausschreibungen konnten daher noch nicht veröffentlicht werden. Parallel dazu schlägt die Personaldelegation der Uni Alarm. Für nächsten Donnerstag 17 Uhr ist eine Generalversammlung des Uni-Personals auf dem Campus Kirchberg anberaumt. Die Veranstaltung ist zwar seit längerem geplant, weil die erstmals 2008 gewählte Delegation am Ende ihrer ersten Mandatsperiode Bilanz ziehen will. Doch erhält die Versammlung zusätzliche Brisanz. Der Einladungstext ruft zum Widerstand gegen eine vom Rektorat vorgeschlagene Änderung des bis dato geltenden Entlohnungssystems für das Unipersonal auf. Die Delegation spricht von einem Einfrieren der Gehälter. Auch die Professoren-Vereinigung APUL fordert zur Teilnahme an der Generalversammlung auf.